№ 1167. Donnerstag, den 13. Februar. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Landrathe von Negelein in Labiau und dem Landrathe von Seeckt in Greifswald den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen.

Am Elisabeth-Gymnasium in Breslau ist die Beförderung des Collaborators Dr. Wieszner zum ordentlichen Lehrer genehmigt worden.

Lotterie.

Bei der am 12. Februar fortgesetzten Ziehung der 2 Klasse 125. Klassen-Lotterie fiel der Haugtgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 71,779. 2 Gewinne von 4000 Thlr. fielen auf Nr. 56,234 und 78,911. 1 Gewinn von 2000 Thlr. fiel auf Nr. 55,223. 1 Gewinn zu 600 Thlr. auf Nr. 89,067. 4 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 4582 7460 68,026 und 94,091, 5 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 11,954, 18,399 43,696 56,926 und 64,639.

12 Gewinne zu 80 Thlr. fielen auf Nr. 1414 11,568 28,684 34,603 42,497 56,556 57,775 64,482 68,734 87,986 88,468 93,370.

17 Gewinne zu 60 Thlr. flelen auf Nr. 16,130 16,439 27,530 40,054 46,371 52,047 53,429 54,841 58,854 65,607 68,637 71,378 84,523 86,812 89,278 90,161 91,631.

40 Gewinne zu 50 Thlr. fielen auf Nr. 2098 3690 5391 6987 10,805 10,930 13,268 15,892 17,135 19,879 22,853 24,626 25,993 26,153 30,139 34,926 40,657 43,879 44,090 45,063 45,503 46,677 48,518 51,874 52,724 56,927 59,808 60,672 64,795 66,452 68,144 76,249 88,413 89,467 89,611 90,388 91,566 93,321 93,955 94,424.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 10½ Uhr Vormittags.

Paris, 13. Febr. Der heutige „Moniteur" enthält die Verkündigung des Gesetzes über die Conversion der Rente. Nach diesem werden die Obligationen nur dann convertirt, wenn sie vollständig liberirt sind.

Rom, 11. Febr. Die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, der Papst habe ein Breve an den Erzbischof von Posen gerichtet, welches sich gegen die Bewegung der Polen ausspreche, ist ungenau. — Der Widerruf Bialobrzeskis in Betreff seiner Absicht bei der Anordnung des Schließens der Kirchen, den die Blätter als von ihm wirklich ausgegangen veröffentlichten, ist apokryph.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 12. Februar, Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde bei Verhandlung der Strafgesetznovelle der Antrag der Regierung, Angriffe auf die Ehre des Reichsraths, der Landtage, der Behörden, der Armee, der einzelnen Mitglieder des Reichsraths und der Landtage, der öffentlichen Beamten, der Militärs, der Seelsorger bezüglich deren Berufshandlungen, der Zeugen und Sachverständigen bezüglich ihrer Aussagen, von Amtswegen zu verfolgen, abgelehnt, ungeachtet Staatsminister v. Schmerling erklärt hatte, im Falle der Ablehnung für die Preßgesetze und für das Strafverfahren in Preßangelegenheiten die Kaiserliche Sanction nicht beantragen zu können.

Ragusa, 12. Februar. Nach Berichten aus Trebigne vom 10. d. hat der Woywode von Grahowa, Dacovich, von der montenegrinischen Herrschaft sich losgesagt und mit den Insurgenten, deren Anzahl 5000 beträgt, sich vereinigt. Bei Cestani haben zwei ernste Zusammenstöße stattgefunden, bei denen 50 Türken kampfunfähig geworden sind. Gegen die Montenegriner, von denen sich 3000 in Carnitza-Scotza befinden, sind zahlreiche türkische Truppen gesandt worden. Ein Angriff der Montenegriner auf Klobuck wurde von den Türken zurückgeschlagen.

Brüssel, 12. Februar. Die „Indépendance" sagt: Der Prinz Napoleon hätte das Verlangen ausgedrückt, dem Adreßentwurfe des Senats möge ein Paragraph beigefügt werden, der einen Tadel oder ein Bedauern ausspreche, daß der Papst sich dem Vorschlage Frankreichs Gehör zu geben geweigert habe. Da Troplong sich dagegen erklärt hätte, werde der Prinz sein Amendement in der öffentlichen Sitzung des Senats einbringen.

London, 12. Februar. Die Dampfer „Bavaria" und „North American" sind aus Newyork eingetroffen, letzterer mit Nachrichten vom 1. Februar. Einem Gerüchte nach hätte der Marineminister seine Demission gegeben. Die Unionsflotte hat von der Insel Wilmington Besitz genommen und somit die Verbindung zwischen dem Fort Pulaski und Savannah abgeschnitten. General Beauregard ist mit 15,000 Mann nach Kentucky abgegangen

Der Wechselcours auf London war in Newyork 113, Geld flüssig, Gold 3¼ Agio, Fonds flau, Illinois 60, Brodstoffe fest.

Paris, den 11. Fabruar. (H. N.) Der Senat hat das Gesetz über die Rentenconversion einstimmig angenommen.

Die Angelegenheit der spanischen Schuld ist geordnet: Spanien bezahlt 20 Millionen.

Dresden, 11. Februar. (B. B.-Ztg.) Das Amendement auf versuchsweise Einführung des in Köln festgestellten Vereins-Güter-Reglements auf ein Jahr, welches bei der außerordentlichen General-Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen eingebracht wurde und für welches sich gestern 131 gegen 10 Stimmen entschieden, geht von den Königlich preußischen Staatsbahnen aus und lautet im Wesentlichen: Das in Köln beschlossene Güter-Reglement und das dazu vereinbarte Uebereinkommen werden angenommen und steht es den einzelnen Verwaltungen frei, bis zum 1. December d. J. auf eine Revision des § 1 anzutragen. Geschieht dies, so hört die Wirksamkeit mit dem 1. April 1863 auf. Inzwischen ist zum Zweck einer anderweiten allgemeinen Vereinbarung eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen. Geht aber kein Antrag ein, so beschließt die ordentliche General-Versammlung in 1863 über die definitive Annahme. Von den zehn dissentirenden Stimmen haben die anwesenden schließlich ihre Zustimmung in Aussicht gestellt, so daß eine Einstimmigkeit erwartet wird. Demzufolge ist die Einführung des Reglements, insofern die Zustimmung eingeht, zum 1. März beschlossen.

Zur Hauptfrage dieser Session.

In einem früheren Artikel (Danz. Ztg. Nr. 1158) versuchten wir nachzuweisen, daß dem jetzigen Abgeordnetenhause zwar vor Allem eine entschiedene und klare Kundgebung in der deutschen Frage obliege, daß eine solche jedoch nur als Anfang und Einleitung zu der Hauptthätigkeit des Hauses betrachtet werden könne. Soll die Stellung Preußens zu Deutschland eine andere und bessere werden, als sie es bisher war, so kann dies nur durch ein festes Auftreten des Abgeordnetenhauses in unseren inneren Angelegenheiten geschehen. Der Sieg einer liberalen Politik im Innern ist, wie wir ausführten, die unerläßliche Bedingung für die Anbahnung und Herstellung des deutschen Bundesstaates.

Unter einem festen Auftreten der Abgeordneten in unseren inneren Angelegenheiten haben wir diesmal weniger eine offene und unumwundene Darlegung unserer Lage in einer Adreß-Debatte verstehen können; wir waren und sind noch gegenwärtig der Meinung, daß der großen Mehrheit des Volkes wegen eine solche Darlegung nicht nöthig ist, — wer wüßte nicht, wie es bei uns steht? — daß aber Denjenigen, welche bis heute keine Einsicht in die nothwendigen Bedürfnisse und in die gerechten Forderungen des Landes haben, eine wenn auch noch so eingehende Adreßdebatte bei der dermaligen Lage eine solche Einsicht nicht beibringen würde. Der Vorwurf, den man den Gegnern der Adreßdebatte gemacht hat — daß sie nämlich klügeln und diplomatisiren —, erscheint uns auch heute noch durchaus ungerecht. Von einer Adreßdebatte konnte sich die Volksvertretung nach Allem, was vorangegangen, keine Wirkung auf die Regierung versprechen; sie muß sich auf denjenigen Boden stellen, auf welchem sie durch wirksamere Mittel die Rechte des Volks wahren kann.

Wir haben öfters schon ausgeführt, daß der Schwerpunkt der diesmaligen Session des Abgeordnetenhauses in der Militärfrage liege. Bei ihrer Behandlung wird die Volksvertretung eine für die ganze Zukunft unseres Verfassungs-Lebens entscheidende Probe bestehen. An diese Frage müssen die Abgeordneten daher mit ganzem Ernst, mit dem festen Willen, das verfassungsmäßige Recht nach Ueberzeugung und Pflicht zu üben, herangehen. Sie müssen, wenn sie es nach gewissenhafter Prüfung für nothwendig halten, eine Reducirung der Forderungen der Regierung selbst dann vornehmen, wenn ein solches Verfahren ihrer Meinung nach eine Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Folge haben könnte.

Die Stimmung des Volkes über diese wichtigste Frage ist den Abgeordneten zur Genüge bekannt; dieselbe Ueberzeugung, welche sich bei den Wahlbewegungen am Schlusse des vergangenen Jahres so unzweideutig kund gab, besteht nicht nur heute fort, sondern sie hat sich noch mehr befestigt, seitdem Hr. v. Roon seinen Sympathien für das Herrenhaus so offene Worte geliehen, und das Herrenhaus dieses Freundschaftsbündniß in einer sehr schnell herbeigeführten und einstimmigen Annahme der Novelle zu dem Militärgesetz von 1814, ohne daß über dieses tief eingreifende Gesetz sich auch nur eine Debatte erhob, besiegelt hat.

In dieser einen Hauptfrage verlangt das Land auch heute noch von den Abgeordneten, daß sie sich nicht mit glänzenden Reden begnügen, sondern daß sie handeln. Das Land verlangt namentlich, daß sie nicht etwa einzelne bessere Gesetze oder die Reform des Herrenhauses für die drückende Last des unverkürzten Militärbudgets eintauschen.

Eben so wenig werden, so hoffen wir zuversichtlich, die Vertreter des Volkes in dem Notenanlauf der Würzburger eine Veranlassung sehen, Hrn. v. Roon auch die Temperatur des Abgeordnetenhauses angenehm zu machen. Die Zeit der Illusionen ist vorüber. Heute geht man mit „Gut und Blut" nicht mehr so ins Zeug, wie Hr. Julian Schmidt. Wir wissen wohl, daß Hr. v. Roon unter Umständen noch recht lange das Geld des Nationalvereins mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit in Empfang nehmen, wir glauben indeß, daß er das preußische „Gut und Blut" zu Gunsten deutschen Rechtes und deutscher Freiheit eben so sorgsam schonen, wie sein College Graf Bernstoff in seinen Noten galant gegen Hrn. v. Beust sein wird.

Wir wiederholen also — wir hoffen mit Bestimmtheit, daß die Volksvertretung den Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und dem preußischen Militärbudget in etwas anderer Weise beleuchten wird, als die aufopferungsfähigen Freunde des Ministeriums.

Je wichtiger und bedeutungsvoller für unser Verfassungsleben hiernach die Verhandlungen in der Session sein werden, desto mehr erscheint es uns geboten, daß die Wähler den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses genau folgen und eine ernste Prüfung namentlich der Militärvorlagen vornehmen. Sie müssen nicht allein mit ihren Vertretern in Berlin eine unausgesetzte Verbindung unterhalten, sondern auch in Versammlungen mit ihren Gesinnungsgenossen die schwebende Frage erörtern.

Nur so wird es möglich sein, die Wähler stets unterrichtet zu halten; nur bei solcher Theilnahme des Landes wird den Abgeordneten das Bewußtsein werden, daß sie in Wirklichkeit das Volk hinter sich haben.

Da das Abgeordnetenhaus nunmehr bald in wichtigere Verhandlungen eintritt, scheint es uns an der Zeit, in diesem Sinne in den einzelnen Städten und Bezirken vorzugehen.

Stadt-Theater.

Der große Ruf des Hrn. Niemann als „Tannhäuser" hatte gestern Zuhörer in großer Menge herbeigezogen, so daß die Räume des Hauses fast überfüllt waren. Wie großes Vertrauen Richard Wagner auf diesen Sänger setzte, geht daraus hervor, daß er die Direction der großen Oper in Paris zu veranlassen wußte, Herrn Niemann für die gehofften zahlreichen Tannhäuser-Vorstellungen zu gewinnen. Die Geschichte jener Oper in Paris ist bekannt. Sie erlebte nur drei Vorstellungen und erfuhr eine Verurtheilung, wie sie vorher wohl noch keinem Fiasco machenden Werke auf jener Bühne zu Theil geworden ist, eine Verurtheilung, die dem deutschen Nationalgefühl mit Recht empfindlich sein mußte. Denn, wie man auch über Wagner denken mag, ein bedeutender Geist bleibt er immer. Wer den Muth hat, der musikalischen Welt durch gewaltsame Neuerungen den Fehdehandschuh hinzuwerfen, wer durch seine That auf der einen Seite blinden Enthusiasmus, auf der andern erbitterte Gegnerschaft, also Parteien hervorzurufen vermag, dem muß auch eine gewisse geniale Kraft gegeben sein, welche von jedem Standpunkte aus mindestens Achtung verdient. Das Recht, den „Tannhäuser" abzulehnen, stand dem Pariser Publikum ohne Zweifel zu, denn Sympathie für eine Kunstschöpfung, welche den Anschauungen und der Geschmacksrichtung einer fremden Nation ferne liegt, läßt sich nicht erzwingen. Nur hätten die Pariser bei der Art der Ablehnung zum mindesten einige Höflichkeitsrücksichten walten lassen müssen, schon aus Erkenntlichkeit für die unbeschränkte Gutmüthigkeit, mit welcher die Deutschen französische Opern entgegennehmen, selbst so armseligen Plunder, wie die neulich auf hiesiger Bühne gegebene Maillart'sche Oper. Wir persönlich gehören auch nicht zu den blinden Enthusiasten Wagner'scher Musik, es ist und bleibt für uns viel Unversöhnliches in diesem „zukünftigen", oder, wie man jetzt zu sagen beliebt: „neudeutschen" Opernstyl, aber der hohe Ernst des Wagner'schen Schaffens, die männliche Energie, mit welcher dieser Tonsetzer seine Principien verficht und dann auch seine unleugbare poetische Kraft, welche neben großen Irrthümern große Schönheiten zu Tage fördert, erfüllt uns sowohl im „Tannhäuser" wie im „Lohengrin" mit voller Hochachtung. Wagner hat sich in dem künstlerischen Vermögen Albert Niemanns für den Tannhäuser nicht getäuscht. Wenn der Oper an der Seine ein besseres Schicksal beschieden worden wäre, so hätte dieser deutsche Repräsentant des Tannhäuser ohne Zweifel den Enthusiasmus der Pariser hervorgerufen. Je weniger Tannhäuser in seiner Stellung zum Drama ein wirklicher Held ist, sondern vielmehr ein schwacher, in den Banden niedriger Sinnlichkeit befangener Mensch, ohne Muth und thatkräftiges Streben zu moralischer Erhebung, ein Character, der erst Bedeutung gewinnt durch den innigen Antheil eines engelgleichen Wesens, wie Elisabeth, — je weniger Tannhäuser die Bedingungen eines dramatischen Characters erfüllt, desto energischer muß die Rolle erfaßt werden in Gesang und Spiel, um ihr bis zu der Erzählung im dritten Akt, wo Tannhäuser endlich durch heftige Seelenkämpfe ein warmes Interesse erregt, etwas von dem Wesen eines Helden mitzutheilen. Herr Niemann kommt diesen Anforderungen durch seine imposante Gestalt und durch eine Stimme entgegen, aus welcher, bei den heutigen defecten Tenorzuständen, recht gut zwei Helden geschmiedet werden könnten. In der That haben wir den Tannhäuser noch niemals mit so mächtiger materieller Wirkung singen hören. Es diente dieses voluminöse Organ, welches in ungeschwächter Kraft seine Tonstrahlen ausströmte, einer effectvollen Färbung der sinnlichen Leidenschaft zur glänzenden Grundlage, in der Scene mit Venus sowohl, wie in den bedeutungsvollen Moment des Sängerkampfes. Doch am größten zeigte sich Herr Niemann in der Erzählung des dritten Aktes. Er gab hier ein ganzes Drama im Kleinen, ein erschütterndes Lebensbild, dessen reiche Nüancen sich zusammenfügten zu einem Ganzen von ergreifender Wahrheit. Es war ein Meisterstück dramatischen Gesanges, eine Kunstleistung ersten Ranges. Frau Hain-Schnaidtinger zeigte sich als Elisabeth wieder als poetische Sängerin und theilte mit Herrn Niemann die Ehren des Abends. Sie traf den milden, gefühlswarmen Ton, welchen Wagner diesem reinen weiblichen Character mitzutheilen wußte, vorzüglich gut, nur fehlte der Darstellung jene plastische Ruhe, welche zur Idealisirung Elisabeths erforderlich ist. Einige der übrigen Darsteller sangen nicht ohne Beifall, wir wurden aber bei der Aufführung der Oper im Ganzen, so auch bei den Leistungen des Chors und Orchesters häufig daran erinnert, daß jeder Vorstellung immer eine Generalprobe vorhergeht. Und wir glaubten uns dann in letzterer zu befinden, als Vorbereitung zu der bereits angekündigten Freitags-Aufführung.

Markull.

Deutschland.

** Berlin, 12. Febr. Der von der Fraction Bockum-Dolffs ausgehende Antrag in der italienischen Frage lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Erklärung auszusprechen, es liege im Interesse Preußens, die Anerkennung des Königreichs Italien nicht länger zu verzögern. — Motive: die gegenwärtige Lage der politischen Verhältnisse." Der Antrag hat bereits in allen liberalen Fractionen zahlreiche Unterstützung erhalten und wird übermorgen im Hause eingebracht werden.

** Der von der deutschen Fortschritspartei beabsichtigte Antrag in der deutschen Frage ist gestern definitiv festgestellt und lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung:

1) daß das Recht des deutschen Volks auf staatliche Einigung als gebieterische Forderung seiner nationalen Existenz und als Ergebniß seiner Geschichte unbestreitbar feststeht, wie dies in der unter Zustimmung sämmtlicher Regierungen geschehenen Berufung der deutschen Nationalversammlung, in der von dieser eingesetzten, von den Regierungen anerkannten Centralgewalt, endlich in der ebenfalls von derselben beschlossenen Reichsverfassung seinen vollen Ausdruck gefunden hat;
2) daß bei der schwankenden politischen Lage Europas die endliche Erfüllung dieses Anspruchs, ohne Gefährdung der Ehre, Macht und Sicherheit des engern preußischen wie des deutschen Gesammt-Vaterlandes, nicht länger hinausgeschoben werden darf;
3) daß aus den Unterhandlungen der Kgl. Staatsregierung über die Aenderung der Bundeskriegsverfassung, aus der mit Sachsen-Coburg-Gotha abgeschlossenen Militär-Convention, so wie aus der an die Kgl. sächsische Regierung gerichteten Note des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 20. December 1861 die Anerkennnung der Nothwendigkeit einer militärischen, diplomatischen und parlamentarischen Einigung der deutschen Staaten gefolgert werden muß;
4) daß Se. Maj. der König in der Thronrede die Absicht ausgesprochen hat: „Zu Gunsten solcher Reformen der Bundesverfassung zu wirken, welche, den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend, die Kräfte des deutschen Volks energischer zusammenfassen und Preußen in den Stand setzen, den Interessen des Gesammt-Vaterlandes mit erhöhtem Nachdrucke förderlich zu werden", — daß aber diese freudig vernommene Absicht zunächst nur durch Herstellung des Bundesstaats innerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Bundes erreicht werden kann;
5) daß auch die wichtigen Fragen über die materiellen Interessen der Nation, welche in dem bisherigen, auf das Prinzip des Staatenbundes gegründeten Zollvereine nur ungenügend gewahrt wurden, ihre practische Lösung einzig in einem Bundesstaate finden, in welchem bei Bestimmung der Handelspolitik Deutschlands der deutschen Volksvertretung die verfassungsmäßige Mitwirkung gesichert wird;
6) daß der ohnehin nur thatsächlich bestehende Bundestag das geeignete Feld für Verhandlungen zu diesem Zwecke nicht bietet, und daß von Unterhandlungen mit den deutschen Regierungen überhaupt nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn auch die Volksvertretungen in den Einzelstaaten ihr politisches und moralisches Gewicht dafür in die Wagschale werfen;
7) daß das Letztere aber nur dann erwartet werden darf, wenn die Königl. Staatsregierung, nach dem hochherzigen Vorgang der Großh. badischen Regierung, durch rückhaltsloses Eingehen auf jenes berechtigte Verlangen des deutschen Volks, sowie durch kräftiges Hinwirken auf den freisinnigen Ausbau der preußischen Verfassung sich die Sympathien Deutschlands zu erwerben versteht;

erklärt das Haus der Abgeordneten es für dringend geboten:

1) daß die Königl. Staatsregierung die volle Verwirklichung jenes unveräußerlichen Rechts der Nation offen als das Ziel ihrer Politik hinstellt;
2) daß sie vermöge der Machtstellung Preußens, als des größten deutschen Staates, fest und bestimmt, im Vollbewußtsein ihres deutschen Berufs, die militärische, diplomatische und handelspolitische Führung in dem zu bildenden deutschen Bundesstaate, unbeschadet der innern Selbstständigkeit der Einzelstaaten, für die Krone Preußen in Anspruch nimmt, zugleich aber für Freiheit und Recht der Nation durch eine deutsche Volksvertretung die unerläßlichen Garantien schafft."

Motive: die Erwägungen.

Als Antragsteller ist der Abg. Schultze-Delitzsch unterzeichnet und wird als solcher die Fraction der deutschen Fortschrittspartei vertreten. Im Hause wird der vorstehende Antrag übermorgen eingebracht.

** Der vorgestern eingebrachte Antrag des Abg. Reichenheim geht dahin „die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die nöthigen Einrichtungen treffen werde, um das Gesetz vom 3. November 1838 über die Eisenbahn-Unternehmungen einer Revision, den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen entsprechend, zu unterziehen und im Wege der Gesetzgelung zu reformiren." Die Motive heben die jetzt völlig veränderte Lage des Eisenbahnwesens hervor; die Machtbefugnisse des Handelsministeriums gingen so weit, daß sie die Concurrenten des Staats, die Privatbahnen in ihrer Existenz gefährdeten (in Bezug auf die Aufnahme von Darlehen, auf Errichtung von Erneuerungsfonds, auf Normirung der Bahngelds-Tarife, Festsetzung der Dividenden, Festsetzung und exekutivische Beitreibung von Strafen und dergl.); ferner sei das Ministerium in seiner Eigenschaft als Aufsichts-Behörde über die Eisenbahnen häufig Richter in seiner eigenen Sache. Durch Aufhebung des § 6 des Gesetzes vom 30. Mai 1853 über die Eisenbahnabgabe sei nun zwar das Princip des jetzigen Systems schon beseitigt, aber weitere Modificationen in den eben angedeuteten Beziehungen thäten dringend Noth. — Der Antrag ist von Mitgliedern aller liberalen Fractionen unterstützt.

— Im Staatsministerium steht ein Gesetzentwurf zur Berathung, welcher die Regelung der Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen bezweckt.

— (K. Z.) In der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses ist gestern ein sehr wichtiger Antrag in einfachster Form gestellt worden; der Abgeordnete Hagen hat nämlich vorgeschlagen, nicht bloß, wie bisher, den Staatshaushalts-Etat im Ganzen und Großen durch die Gesetz-Sammlung als Gesetz zu publiciren, sondern auch die Special-Etats der einzelnen Verwaltungszweige. Dieser Antrag erhält seine volle Bedeutung durch seinen nahen Zusammenhang mit dem Gesetze über die Ober-Rechnungskammer. In dieses Gesetz hat die Regierung bekanntlich die Bestimmung aufgenommen — und vertheidigt sie nebenbei in der betreffenden Commission hartnäckig —, daß die Ober-Rechnungs-Kammer den Kammern gegenüber nur auf den publicirten Haupt-Etat sich einzulassen habe; die Special-Etats aber seien den Kammern gegenüber wie die Motive zu einem Gesetze. Danach würde z. B. der Minister des Innern mit den Etats für die Bezirks-Regierungen hantieren können, wie er wollte, so lange er sich nur innerhalb der für alle Bezirks-Regierungen ausgesetzten Hauptsumme hielte. Daß aber sowohl das Bewilligungsrecht der Volksvertretung, wie ihr Recht der Controle, eine andere Einrichtung, die entgegengesetzte, erfordert, liegt auf der Hand, und so kommt der Hagen'sche Antrag den Bemühungen der verfassungstreuen Mitglieder der Ober-Rechnungskammer-Commission des Hauses der Abgeordneten vortrefflich entgegen; beide gehen auf dasselbe Ziel und ergänzen einander.

* Der heutige „Staats-Anzeiger" enthält eine Cirkular-Verfügung des Hrn. Handelsministers vom 5. Februar 1862, betreffend die Vorschriften über die Beeidigung der Handelsmäkler und über die Beglaubigung und Aufbewahrung der von denselben zu führenden Tagebücher.

— Die „A. Pr. Z." bringt den Wortlaut der von der österreichischen und einigen anderen Regierungen dem Gr. v. Bernstorff überreichten identischen Note vom 2. Febr. 1862, wie folgt:

„Die Reformvorschläge Sachsens haben der Königlich preußischen Regierung Veranlassung zu Erklärungen gegeben, welche zu wichtig sind und das Wesen des deutschen Bundesvertrages, sowie die Interessen sämmtlicher deutschen Staaten, zu nahe berühren, als daß sie nicht die ernstlichste Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung hätte in Anspruch nehmen müssen.

„Inhaltlich des Erlasses, welchen das Kabinet von Berlin unter dem 20. Dezember 1861 an den Königlichen Gesandten in Dresden, Herrn v. Savigny, gerichtet hat, bekennt Preußen in der deutschen Reformfrage sich zu dem leitenden Gedanken, daß in dem das gesammte Deutschland umfassenden Bundesvertrage der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit festgehalten werden sollte, während eine engere Vereinigung eines Theiles der Bundesglieder auf dem Gebiete des inneren Staatsrechtes der freien Vereinbarung der betreffenden Regierungen vorbehalten bliebe. Das Königlich preußische Kabinet scheint den Fall nicht ausschließen zu wollen, daß dieser Bund im Bunde sich bis zur Form eines sogenannten Bundesstaates entwickelte, in welchem die wichtigsten Attribute der Staatshoheit auf eine Centralgewalt übertragen, namentlich ein ständiges militairisches Obercommando und das Recht der Vertretung nach Außen in Eine Hand gelegt würden. In einer solchen bundesstaatlichen Einigung glaubt die Regierung Preußens nur eine vollberechtigte Benützung des im Artikel XI. der Bundesakte gewährten Bündnißrechtes zu erkennen, und sie ist der Ansicht, daß durch die Ausführung ihres Gedankens weder den am engeren Bunde nicht betheiligten Regierungen ein Recht zum Ausscheiden aus dem weiteren Bunde erwachsen, noch die vorhandenen Bürgschaften für den Bestand des Letzteren eine Veränderung erleiden würden.

„Die österreichische Regierung muß sowohl vom Gesichtspunkte der allgemeinen Interessen Deutschlands, wie von dem des positiven Rechts, gegen die Aufstellungen des von Berlin nach Dresden gerichteten Erlasses Verwahrung einlegen.

„Unmöglich kann die kaiserliche Regierung in dem Verlangen, daß das alle Deutsche vereinigende Nationalband streng auf die Bedeutung eines völkerrechtlichen Vertrages zurückgeführt werde, eine berechtigte Voraussetzung deutscher Bundesreform oder einen richtigen Ausdruck des im deutschen Volke unleugbar vorhandenen Einigungsbedürfnisses anerkennen. Sie ersucht das Königl. Preuß. Kabinet, sich vergegenwärtigen zu wollen, in wie ganz anderer Richtung einst Preußen, als Mitgründer des deutschen Bundes, in der Verhandlungen des Wiener Congresses zur Feststellung des Bundesvertrages mitwirkte. Und sie fühlt die Pflicht, freimüthig auszusprechen, daß ihr Deutschlands Sicherheit und Einigkeit, sein moralischer Friede und seine Hoffnung auf gedeihliche Fortbildung des Bundesvertrages in hohem Grade gefährdet erscheinen würde, wenn Preußen auf das Bestreben zurückkommen wollte, einen Theil der deutschen Staaten durch eine centralisirte Verfassung unter einem Oberhaupte zu einigen, während das Verhältniß zwischen diesem Theile und den übrigen Gliedern des Bundes auf dem Fuße bloßer Verträge, wie sie auch zwischen Völkern fremden Stammes geschlossen werden können, zu regeln wäre.

„Es wird statt weiterer Ausführungen genügen, an die unheilvollen Folgen zu erinnern, welche schon in einer früheren Epoche Bestrebungen desselben Charakters über Deutschland heraufzubeschwören drohten.

„Die kaiserliche Regierung muß ferner jeden Versuch, den Organismus des Bundes durch einen engeren Bund zu durchbrechen, zugleich als unvereinbar mit dem positiven Vertragsrechte bezeichnen. Der Artikel XI. der deutschen Bundesacte gewährt allerdings den Regierungen Deutschlands das Recht der Bündnisse aller Art, aber die Bundesacte setzt Mitglieder des Bundes voraus, welche sich ihre Selbstständigkeit und daher Fähigkeit, Bündnisse zu schließen, bewahren. Jener Artikel will, daß die deutschen Regierungen das Recht der Bündnisse aller Art, sofern solche nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesglieder gerichtet sind, behalten. Ein Staat aber, der sich einer bundesstaatlichen Central-Gewalt oder auch nur der diplomatischen und militärischen Führung eines anderen Staates unterordnet, ein solcher Staat kann vielleicht noch Verträge über administrative Angelegenheiten, aber er kann nicht mehr ein Bündniß selbstständig schließen. Ja, der Vertrag selbst, der diese Unterordnung begründete, ließe sich sicherlich nicht als ein eigentliches Bündniß bezeichnen. Ein solcher Vertrag wäre ein Subjections-Vertrag. Und wäre endlich der Artikel XI. der Bundesacte, an sich betrachtet, der Anwendung fähig, welche das preußische Cabinet ihm geben will, so würde doch die flüchtigste Erinnerung an andere wesentliche Bestimmungen der Bundesverträge genügen, um die rechtliche Möglichkeit dieser Anwendung schlechthin auszuschließen. Der deutsche Bund ist als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten mit wechselseitig gleichen Vertragsrechten und Vertragsobliegenheiten gegründet worden. Seine ganze Organisation beruht auf diesem Grundprinzip und auf dem durch die Bundesacte festgestellten Stimmenverhältnisse. Beides aber, das Grundprinzip sowohl, als die daraus abgeleitete Organisation, würden bis zur gänzlichen Vernichtung beeinträchtiget werden durch einen engeren Bund, durch dessen einheitliche Verfassung die Rechtsgleichheit seiner Mitglieder aufgehoben und ihnen die Fähigkeit entzogen würde, ein selbstständiges Stimmrecht in den wichtigsten politischen und militärischen Angelegenheiten auszuüben. Die kaiserliche Regierung sieht sich daher in dem Falle, zu erklären, daß sie die Gründung eines engeren sogenannten Bundesstaates in Deutschland keineswegs als gerechtfertigt durch den Artikel XI. der Bundesacte, vielmehr als unvereinbar mit dem Wesen und der Verfassung des deutschen Bundes, ja als dessen factische, wenn auch nicht rechtliche Auflösung in sich schließend betrachten müßte.

„Der Unterzeichnete hat übrigens der vorstehenden Darlegung der Ansichten seiner Regierung den Ausdruck ihrer vertrauensvollen Erwartung hinzuzufügen, daß der Königl. Preuß. Hof, in seiner Weisheit und seiner Anhänglichkeit an die Grundsätze des Rechts, einer Auffassung der deutschen Reformfrage nicht Folge geben werde, welche bei seinen Bundesgenossen so gewichtige Bedenken erregt und die er nicht bethätigen könnte, ohne Deutschland in Verwirrung zu stürzen, ja nicht festhalten, ohne die gedeihliche Wirksamkeit und Ausbildung der zu Recht bestehenden Bundesverfassung zu hemmen. Das Königl. Preuß. Kabinet hat in dem erwähnten Erlasse nach Dresden es lebhaft anerkannt, daß die Regierung Sachsens ihre Ueberzeugung von der Räthlichkeit einer Bundesreform offen bekundet hat. Der Unterzeichnete darf versichern, daß auch seine Regierung die Ueberzeugung theilt. Tief durchdrungen von der Wahrheit, daß das Princip jeder solchen Reform das der organischen Entwickelung der bestehenden, das ganze Deutschland vereinigenden Bundesverfassung sein müsse, glaubt die kaiserliche Regierung, daß auf dieser Grundlage, bei allseitiger Bereitwilligkeit, wichtige, den Fortschritten der innern Entwickelung Deutschlands entsprechende Verbesserungen ins Leben gerufen werden könnten, zu welchem sie namentlich die Begründung einer wirksameren Exekutivgewalt des deutschen Bundes und die Regelung der Thätigkeit des Bundes in den Angelegenheiten gemeinsamer deutscher Gesetzgebung und Zuziehung von Delegirten der deutschen Stände-Versammlungen rechnet. — Mit Freude würde die kaiserliche Regierung einen Entschluß der verbündeten Regierung Preußens begrüßen, durch welchen die Eröffnung von Berathungen ihrer Bundesreform auf dieser Grundlage ermöglicht würde."

— Der Verfügung, welche der Minister des Innern unter dem 1. Februar an die Stadtverordneten-Versammlung zu Frankfurt a. O. hat ergehen lassen, ist kürzlich in öffentlichen Blättern mehrfach Erwähnung gethan. Die „Sternztg." ist im Stande, den Wortlaut der Verfügung mitzutheilen:

„Se. Majestät der König haben von der an Allerhöchstdieselben gerichteten Vorstellung vom 21. November pr. Kenntniß zu nehmen, und mich zu ermächtigen geruht, der Stadtverordneten-Versammlung in Bescheidung darauf zu eröffnen, daß die loyale und patriotische Absicht der dortigen Bürgerschaft bei dem Empfange Sr. Majestät des Königs daselbst am 21. October v. J. von Allerhöchst demselben nicht verkannt worden ist. Dieser Allerhöchste Befehl wird die Besorgnisse beseitigen, welche zu der gedachten Vorstellung Veranlassung gegeben haben. Dagegen kann ich den in der Sitzung vom 29. October pr. gefaßten Beschluß einer Interpellation an den Oberbürgermeister Piper nicht ungerügt lassen. Der Magistrat verwaltet als Obrigkeit der Stadt die Gemeinde-Angelegenheiten. Wegen all und jeder Auskunft, welche die Stadtverordneten-Versammlung in Angelegenheiten dieser Art zu erhalten wünscht, hat dieselbe nur an den Magistrat sich zu wenden. Die erwähnte an den Oberbürgermeister direct gerichtete Anfrage überschreitet daher Ihre Befugnisse, und der Oberbürgermeister hat mit Recht eine Antwort darauf nicht ertheilt. Berlin, 1. Februar 1862. Der Minister des Innern. (gez.) Graf v. Schwerin."

— Ueber den mitgetheilten Entwurf wegen Einführung von Stempel-Marken für ausländische Wechsel hat nach der „Spen. Z." das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft sein Gutachten dahin abgegeben, daß es im Interesse des Handelsstandes liege, die Verwendung von Stempelmarken auf alle, also auch auf inländische Wechsel ausgedehnt zu sehen, und daß die nicht ganz klare Fassung des § 4 einer Modifikation bedürfe.

— Seit Kurzem geht die Rede davon, der Kaiser Napoleon habe ein französisches Kriegsschiff nach Civita-Vecchia gesandt, um den König Franz und seine Familie aufzunehmen. Pariser Nachrichten schweigen darüber. Die „Allg. Ztg." bestätigt jetzt, „in Folge neuester Post" die Mittheilung dahin: daß Louis Napoleon allerdings den Rath ertheilt habe, der König beider Sicilien möchte Rom verlassen, und daß für diesen Fall die königliche Familie sich eventuell eines französischen Kriegsschiffs bedienen möchte, welches der Kaiser ihr gerne zur Verfügung stelle.

— Man erfährt aus Kopenhagen, daß man dort, durch eine Aeußerung des österreichischen Gesandten ermuthigt, eine Eröffnung nach Wien hat gelangen lassen, welche die guten Dienste des österreichischen Cabinets für eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf einer Basis in Anspruch nimmt, die ein vollständiges Analogon zu der Stellung der einzelnen österreichischen Kronländer innerhalb der österreichischen Gesammtmonarchie bieten würde. Weitere Details sind noch nicht mitgetheilt.

— Der Abgeordnete Schulze-Delitzsch nimmt vom 1. März an mit seiner Familie seinen dauernden Wohnsitz in Potsdam.

— In Erfurt hat eine Versammlung von Nationalvereinsmitgliedern eine Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen, in welcher, anknüpfend an die neueste österreich-würzburger Demonstration, gebeten wird: „Der Königl. Staatsregierung gegenüber mit aller Entschiedenheit und aller Einmüthigkeit für eine nachdrückliche deutsche Politik und energische Zurückweisung aller unberechtigten Anmaßung gegen die deutsche Stellung Preußens einzutreten."

Frankfurt, 10. Febr. Die hier erscheinenden „Deutschen Blätter" schließen einen Artikel über die großdeutsche Demonstration mit der Drohung, „Preußen werde „„große Zugeständnisse"" machen müssen, wenn es seine vollständige Isolirung vermeiden wolle!" ....

Baden-Baden, 5. Febr. Die Aufhebung der Spielbank mit Ablauf des gegenwärtigen Contracts soll vom Ministerium fest beschlossen sein. Die Zustimmung des Landtags dürfte nicht fraglich sein.

England.

London, 10. Februar. Beiden Häusern des Parlaments ist auf Befehl der Königin der zwischen Ihrer Majestät und dem Großherzog von Hessen abgeschlossene, die Vermählung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen betreffende Vertrag vorgelegt worden. Derselbe besteht aus neun Artikeln, die sich fast sämmtlich auf Geld-Arrangements beziehen. Die Kosten des Haushaltes des zukünftigen Ehepaares sollen aus der auf jährlich 40,000 Gulden festgesetzten Apanage des Prinzen Ludwig und den Zinsen der sich auf 30,000 L. belaufenden Mitgift der Prinzessin bestritten wer-

den. Außerdem erhält die Prinzessin von ihrer Mutter jährlich 6000 L. zu ihrem eigenen besonderen Gebrauch.

Frankreich.

Paris, 10. Februar. Das „Pays“ ereifert sich heute über den großen Lärm, den die europäische Presse über den Zweck erhoben, den man jetzt der spanisch-französisch-englischen Expedition nach Mexico zuschreibt. Ihm zufolge wird der Vertrag, den die genannten Mächte abgeschlossen haben, seinem ganzen Wortlaute nach aufrecht erhalten werden. Darin sei bestimmt, daß die Mexikaner sich frei über ihre zukünftige Regierung und Regierungsform auszusprechen hätten; wenn dieselben sich für die Republik erklärten, so würden sie die Republik behalten, wenn sie aber eine Monarchie haben wollten, so würde man ihnen dieselbe ebenfalls gewähren, und dann sei es einerlei, ob sie einen belgischen, italienischen oder österreichischen Prinzen zum König erwählten. Die monarchische Umgestaltung in Mexico soll dann auch auf Südamerika ausgedehnt werden. Die „Patrie“ versichert zum wenigsten, daß sich in den La-Plata-Staaten eine Partei bilde, um eine feste Regierung zu gründen. Die Commandanten der französischen und englischen Station waren, wie man ferner versichert, von Buenos-Ayres angekommen, und nach dem stillen Ocean sollen französische Kriegsschiffe gesandt werden, um die französischen Landesangehörigen in den an den Küsten dieses Meeres gelegenen Republiken zu beschützen. Aus allem diesem geht hervor, daß man ernstlich daran denkt, eine vollständige Umwälzung in Amerika hervorzurufen.

—Es soll nun unter dem Protectorat des Grafen Walewski eine permanente Ausstellung der Werke lebender Maler, Bildhauer und Kupferstecher veranstaltet werden. Gestern war Generalversammlung der hiesigen Literaten zur Wahl des Vorstandes. Einige fünfzig Stimmen fielen als politische Demonstration auf Victor Hugo. Einzelne Namen wurden mit großer Hartnäckigkeit streitig gemacht, so der des Herrn Gustave Chadeuil, Feuilletonisten des Siècle, der erst bei der achten Abstimmung als neuntes Vorstandsmitglied durchging.

— Bemerkungen der Kasseler Zeitung über die durch Preußens „ordnungswidrige“ Militärconventionen „beeinträchtigten“ Garnisonsverhältnisse in Mainz, und namentlich in Landau scheinen dem Moniteur „zeitgemäß und wichtig“ genug, in dem „Schreiben aus München“ wiedergegeben zu werden. In demselben Schreiben wird dem Kaiserreich angezeigt, daß die Festungswerke von Saarlouis im Frühjahr verstärkt werden sollen, um Schutz gegen gezogene Kanonen zu gewinnen.

Italien.

—Die Kundgebungen gegen den Papst als weltliches Oberhaupt dauern in Italien trotz der Abmahnung der Regierung fort. In Genua, wo die Kundgebung bei dem entschlossenen Charakter der Bevölkerung großartig war, obwohl die Genueser bekanntlich sehr eifrige Katholiken sind, lautete der Ruf: „Es lebe Rom als Hauptstadt mit Victor Emanuel!“ Aehnliches war in Mailand im Werke, als, wie gestern schon einem Theile unserer Leser mitgetheilt ward, der Gemeinderath eine Proklamation erließ, worin gesagt ward, das italienische Volk bedürfe der Kundgebungen auf offener Straße nicht, um seinen Willen kund zu thun; man fordere daher die Mailänder auf, sich ihres verfassungsmäßigen Rechtes zu bedienen und folgenden Protest gegen Antonelli's Behauptung, „ganz Italien sei für die weltliche Gewalt des Papstes, ausgenommen der Turiner Hof“, zu unterzeichnen: „Während wir den Papst als Kirchenhaupt verehren, erkennen wir in Rom, der Hauptstadt Italiens, nur einen einzigen König an: Victor Emanuel!“ Dieser Protest wurde sofort mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und nach Alessandria weiter geschickt.

— Der Constitutionnel meldet, daß der italienische Kriegsminister in dem Monatsberichte von sämmtlichen Corpsbefehlshabern über die Armee die einstimmige Zusicherung von dem vortrefflichen Geiste der neu eingestellten Truppen erhalten habe. La Marmora, der bekanntlich in Organisationssachen eine Autorität ist, stellt den Rekruten aus den Südprovinzen das beste Zeugniß aus; sie lernen leicht und fügen sich auch leicht der Disciplin. Zudem erklärt La Marmora in Betreff der Conscribirten und Freiwilligen von 1860, daß die Mehrzahl derselben jetzt bereits vorzügliche Soldaten in jeder Beziehung seien; es reichen demnach zwei Jahre vollkommen aus, um gute Soldaten auszubilden, für — Italiener wenigstens.

— Die bourbonistischen Correspondenten österreichischer Blätter sagen zum Frühjahre neue großartige Verwüstungen der italienischen Provinzen voraus; überall werden Vorbereitungen dazu getroffen, und es solle noch ganz anders kommen, wie in der Basilicata und Capitanata, die allerdings furchtbar gelitten haben. Bis auf Weiteres steht zu hoffen, daß diese Ankündigung neuer Banditenzüge von Triest, Malta und Marseille nur Drohungen sind, wie die alarmirenden Berichte über Sicilien, welche die „Correspondance Bullier“ brachte.

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Februar. Am gestrigen Sonntag, Abends 10½ Uhr, ist endlich der neue Erzbischof Felinski hier angekommen.

Danzig, 13. Februar.

* Der Verwaltungsrath der hiesigen Privatbank hat in seiner heutigen Sitzung die Dividende für das verflossene Jahr auf 6 pCt. oder 30 Rt. per Actie festgestellt, welche statutenmäßig vom 1. Mai cr. ab zur Auszahlung kommen. Dieses Resultat ist um so erfreulicher, als, wie wir hören, außerdem noch sehr erhebliche Abschreibungen stattgefunden haben. Der Reservefonds ist auf ca. 55,800 Rt. angewachsen. Das Nähere wird seiner Zeit der jetzt zum Druck gelangende Rechenschaftsbericht ergeben und behalten wir uns über diesen weitere Mittheilungen vor.

* Wasserstand in der Weichsel bei Warschau am 12. Februar 8' 10".

⊙ Aus Insterburg schreibt man uns vom 11. Febr.: Anhaltender Sturm läßt das Wegschaufeln des Schnees vom Eisenbahndamme bei dem Bahnhofe Judtschen nur langsam vorwärts kommen. Im Laufe des heutigen Tages wurden circa 150 Soldaten requirirt, dennoch war es sämmtlichen Arbeitern bis jetzt (Abends 7 Uhr) nicht gelungen, die Arbeit des Sturmes zu Nichte zu machen. Der hier früh abgelassene Personenzug soll bis jetzt, dem Vernehmen nach, noch nicht in Gumbinnen eingetroffen sein, sondern noch immer festliegen. Auch der heute früh von Eydtkuhnen abgelassene Schnellzug hat den hiesigen Bahnhof bis jetzt noch nicht passirt, desgleichen der Güterzug von dort. Förmliche Schneeberge haben sich während der vergangenen Nacht und des heutigen Tages an einzelnen Orten gebildet und treffen auch sämmtliche Posten erheblich verspätet hier ein.

-A- Aus Littauen, den 11. Februar. Den Grundbesitzern zu köllmischen Rechten war in diesseitigem Bezirke im vergangenen Jahre die Verpflichtung auferlegt worden, gleich den bäuerlichen Besitzern bei der Anfuhr des Deputatholzes für die Geistlichen Gespanndienste zu leisten. Mehrere Besitzer aus verschiedenen Kirchspielen hatten nun, nachdem ihre Beschwerde über diese Belastung ihrer Grundstücke, von welcher sie bis dahin laut ihrer Privilegien befreit gewesen, zurückgewiesen war, im Wege des Prozesses ihr Recht verfolgt und in erster Instanz erstritten. — Die Nachricht über die für den Bau der Insterburg-Tilsiter Eisenbahn eröffneten günstigern Aussichten hat sich wiederum als eine dem Wesentlichen nach unbegründete ergeben. Da der Herr Handelsminister beschlossen hat, den Bau dieser Bahn aus Privatmitteln nicht zu gestatten, sondern denselben aus Staatsmitteln auszuführen gedenkt, so bald dergleichen disponibel sein werden, zur Zeit aber dergleichen Mittel nicht einmal für die Königsberg-Pillauer Bahn, die doch ganz unbedingt wichtiger ist, sich nicht flüssig machen lassen, so wird es mit dem Bau der Insterburg-Tilsiter Bahn wohl noch gute Wege haben. — Der Export von Schlachtvieh nach den westlichen Provinzen hatte in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen und wird durch die Einrichtung eines besonderen wöchentlichen Viehzuges vom 1. März ab noch mehr gefördert werden. In gleichem Maße, wie die Producenten davon profitiren, haben die Consumenten davon Nachtheil, indem an Ort und Stelle gutes Fleisch immer seltener und kostspieliger wird, bis wir im Stande sein werden, mit den Consumenten an der Oder und Elbe gleiche Preise zu zahlen. Wir würden darüber auch nicht klagen, wenn nur unsere Verkehrs-Verhältnisse in anderen Beziehungen nicht so weit hinter jenen zurückstünden.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 13. Februar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 53 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 15 Min.

		Letzt. Crs.			Letzt. Crs.
Roggen billiger,			Preuß. Rentenbr.	99¾	100
loco	52⅝	52¾	3½ % Westpr. Pfdbr.	88¼	88
Februar	52½	52⅜	4 % do. do.	99	—
Frühjahr	51	51⅛	Danziger Privatbk.	—	97¾
Spiritus loco	17½ ¾	17⅝	Ostpr. Pfandbriefe	90	90
Rüböl, Frühjahr	12⅝	12 11/12	Franzosen	135¾	136
Staatsschuldscheine	90⅞	90¾	Nationale	61¾	61¾
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten	84½	84½
5% 59r. Pr.-Anl.	108⅜	108⅜	Wechselc. London	6. 21½	6. 21½

Hamburg, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco und ab Auswärts stille und unverändert. Roggen loco stille, ab Königsberg Frühjahr zu 86—87 einzeln käuflich. Oel Mai 27⅜, Octbr. 26¼. Kaffee ruhig. Zink ohne Umsatz. — Die Passage über die Elbe ist noch immer total unterbrochen.

Amsterdam, 12. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen etwas matter. Raps April 80⅛ nominell, Octbr. 71½. Rüböl Mai 42⅜, Herbst 40⅜.

London, 12. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Sehr beschränktes Getreidegeschäft. Preise nominell. Bewölkter Himmel.

London, 12. Februar. Silber 61⅝.

Consols 93. 1 % Spanier 43¾. Mexikaner 34¼. Sardinier 79½. 5% Russen 99. 4½% Russen 92½.

Liverpool, 12. Februar. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Sehr fest.

Paris, 12. Febr. 3 % Rente 71,35. 4½ % Rente 100,30. 3% Spanier 48. 1% Spanier —. Oesterreich. St.-Eisenbn.-Act. 511. Oester. Credit-Actien —. Credit mobil.-Act. 772. Lomb.-Esbn.-Act. 550.

Producten-Märkte.

Danzig, den 13. Februar. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127/28—129/31 —132/34 ℔ nach Qualität 87½/90 — 91½/93½ — 95/98½ —100/105 Sgr.; ord. bunt, dunkel und hell 120/122—123/125/7 ℔ nach Qual. 75/80—82/83/85 Sgr.

Roggen 60—59 Sgr. nach Qualität pr 125℔.

Erbsen, Futter- und Koch- 47½/50—55/57 Sgr.

Gerste kleine 103/105—110/12 ℔ von 35/37—40/41 Sgr. große 108/109—112/16℔ von 40/41—42/44 Sgr.

Hafer ord. 23/25 Sgr., besserer und schöner 26/28—30/31 Sgr.

Spiritus 16⅓ Rt. Geld.

Getreide-Börse. Wetter: dicke Luft mit Schneetreiben. Wind NO.

Heute wurden nur 6 Lasten Weizen gehandelt, wofür gestrige Preise bezahlt worden. Stimmung matt, und Kauflust ganz im Verhältniß zum Angebot.

Roggen schwach behauptet und mußte auch theilweise ½ Sgr. gegen gestern billiger verkauft werden.

Königsberg, 12. Febr. (K. H. Z.) Wind N. Therm. 0 Weizen unverändert stille, hochbunter 127—30℔ 94—97½ Sgr., bunter 128—29℔ 92½ Sgr., rother 127—29℔ 91—93 Sgr. bz. — Roggen unverändert loco 119—22—29℔ 57—58½—64 Sgr. bz.; Termine stille, 80℔ pr Frühjahr 61 Sgr. B., 59½ Sgr. G., 120℔ pr Mai-Juni 59½ Sgr. B., 58½ Sgr. G. — Gerste flau, große 100—10℔ 38—46 Sgr. B., kleine 94—95℔ 34 Sgr. bz. — Hafer in fester Haltung, loco 65—71℔ 21½—28½ Ctr. bz., 50℔ pr Frühjahr 30 Sgr. B., 29 Sgr. G. — Erbsen unverändert, weiße Koch- 56—62 Sgr., Futter- 45—54 Sgr. bz., graue 40—80 Sgr., grüne 55—80 Sgr. B. — Bohnen 49—62 Sgr. B. — Wicken 30—48 Sgr. B. — Kleesaat rothe 6⅓ Rt., weiße 14⅙ Rt. pr Ctr. bz. — Thimotheum 5—8⅓ Rt. pr Ctr. B. — Leinöl 12¼ Rt. pr Ctr. B. — Rüböl 13⅓ Rt. pr Ctr. B. — Leinkuchen 65—71 Sgr. pr Ctr. B. —

Spiritus. Den 11. loco gemacht 17⅓ Rt. ohne Faß; den 12. loco Verkäufer 17⅓ Rt., Käufer 17 Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 18¾ Rt., Käufer 18¼ Rt. mit Faß; pr Februar Verkäufer 17⅓ Rt. ohne Faß; pr Frühjahr Verkäufer 19⅓ Rt., Käufer 19 Rt. mit Faß pr 8000 % Tralles.

Stettin, 12. Februar. (Ostf.-Ztg.) Wetter: klare Luft. + 1°. R. Wind: NNO.

Weizen matt, loco pr 85℔ gelber Galizischer 73—76½ Rt. bez., do. Märk. 80 Rt. bez., weißer 78—80 Rt. bez., feiner weißer 81—82 Rt. bez., 83/85℔ gelber pr Frühj. 82 Rt. bez. u. G., Juni-Juli 83¼ Rt. bez. — Roggen matter, loco pr 77℔ 48½—49¼ Rt. bez., 77℔ Frühj. 49½ Rt. bez. u. B., Mai-Juni 49½ Rt. bez., Juni-Juli 49¾ Rt. bez. u. B., Juli-Aug. 49½, ¾ Rt. bez. u. B., Sept.-Oct. pr 2000℔ 49½ Rt. bez., ¾ B. — Gerste und Hafer ohne Handel. — Erbsen 45—48 Rt. nach Qual. bez.

Rüböl matt, loco 12⅔ Rt. B., April-Mai 12⅚ Rt. B., Sept.-Oct. 12⅔ Rt. bez., ¾ B.

Spiritus flau, loco ohne Faß 17 Rt. bez., Febr. u. Febr.-März 17 Rt. bez., Frühj. 17½, 5/12, ⅓ Rt. bez. u. G., 5/12 B., Mai-Juni 17⅔ Rt. bez. u. G., Juni-Juli 18 Rt. G.

Berlin, 12. Febr. Wind: N. Barometer: 28'. Thermometer: früh 2° +. Witterung: Thauwetter.

Weizen pr 25 Schffl. loco 63—80 Rt. — Roggen pr 2000 ℔ loco 52¼—53⅓ Rt., do. Febr. 52¾, ⅜ Rt. bez., B. u. G., Febr.-März 51¾, ½ Rt. bez., Frühj. 51¼, ⅛ Rt. bez., B. u. G., Mai-Juni 51⅜, ¼ Rt. bz. u. Br., ⅛ G., Juni-Juli 51¾, ½ Rt. bez. u. G., ⅝ B. — Gerste pr 25 Schffl. große 36—40 Rt. — Hafer loco 22—25 Rt., pr 1200℔ Febr. 23½ Rt. B., Febr.-März 23½ Rt. B., do. Frühj. 23¾ Rt. B., do. Mai-Juni 24 Rt. B., do. Juni-Juli 24½ Rt. B.

Rüböl pr 100℔ ohne Faß loco 12 11/12 Rt. Br., Febr. 12⅞ Rt. B., ⅚ G., Febr.-März 12⅞ Rt. B., ⅚ G., März-April 12⅚, 11/12 Rt. bez. u. B., ⅞ G., Mai-Juni 12⅞, 23/24, Rt. bez. u. B., 11/12 G., Juni-Juli 13 B., Sept.-Oct. 12⅚ Rt. B., ¾ G.

Spiritus pr 8000 % loco ohne Faß 17⅝ Rt. bez., Febr. 17½, 7/12 Rt. bez. u. G., ½ B., do. Febr.-März 17½, 7/12 Rt. bez. u. G., ½ B., do. März-April 17¾ Rt. bez., do. April-Mai 17⅚, 11/12, ⅚ Rt. bez., B. u. G., Mai-Juni 18 1/12, ⅛, 1/12 Rt. bez., B. u. G., Juni-Juli 18⅛, 5/12 Rt. bez. u. B., ⅛ G., Juli-August 18¾, ⅔ Rt. bez., B. u. G., Aug.-Septbr. 18 11/12, 19 Rt. bz.

Bromberg, 12. Februar. Wind: West. Thermometer: Morgens 0, Mittags + 1°.

Weizen 125—128 ℔ 68—70 Rt., 128—130℔ 70—72 Rt., 130—134℔ 72—76 Rt. — Roggen 120—125℔ 43—45 Rt. — Gerste, große 36—38 Rt., kleine 25—30 Rt. — Erbsen 36—42 Rt. — Spiritus 16 Rt. pr 8000 %. — Kartoffeln 14 Sgr. der Scheffel.

Köln, 11. Februar. Wetter: milde. Rüböl: niedriger; eff. in Part. von 100 Ctr. 14,5 B.; pr. Mai 14 17/20 B., 13,8 G.; pr Octbr. 13,6 bez., 13,6 B., 13,11/20 G. — Leinöl: unverändert; eff. in Part. v. 100 Ctr. 12,3 B. — Spiritus: unverändert; exportfäh. 80% Tr. eff. in Part. v. 3000 Qu. 21⅓ B. — Weizen: Termine matter; eff. hiesiger 8½ B.; fremder 7¾ à 8 B.; pr. März 7.18½ bz., 7.19 B., 7,18 G.; pr. Mai 7.26½—26 bz., 7,27 B., 7,26 G.; pr. Juni 7,29 B.; pr. Juli 8,2½ B., 8 G. — Roggen: Termine matter; eff. 6⅓ à ⅔ B.; gedörrt 7 7/12 B.; pr. März 6,5½ B., 6,4½ G.; pr. Mai 6,8½ B., 6,7½ G. — Gerste: unverändert; hiesige eff. 4⅔ B.; dito oberl. eff. 6 B. — Hafer: unverändert; eff. 4 7/12 B., p. März 4½ B.

London, 10. Februar. (Begbie, Young & Begbies.) Von fremdem Weizen, Mehl und Hafer hatten wir in letzter Woche beträchtliche, von anderen Artikeln aber nur sehr mäßige Zufuhren. Heute wurde von englischem Weizen sehr wenig offerirt, und da derselbe zum größten Theile in weicher Beschaffenheit war, so fand er nur langsam Absatz zu letzten Montagspreisen. Fremder Weizen war eher mehr gefragt, und es fand darin ein ziemliches Geschäft statt, zu Preisen, die in voriger Woche nicht willig zugestanden wurden. Für Mehl zeigte sich mäßiger Begehr zu letzten Notirungen. Schöne Gerste bedang völlig letzte Raten; auch geringere Sorten fanden heute besseren Absatz zu Montagspreisen. In Hafer, der mäßig gefragt war, können wir keine Preisveränderung notiren. Bohnen und Erbsen waren schwer zu verkaufen und Preise beider Artikel nahmen eine fallende Tendenz an.

Das Geschäft in schwimmenden Ladungen bleibt still und der einzige heute bekannt gewordene Verkauf war von amerikanischem Mais zu 31s 6d pr 480℔, inclusive Fracht und Assecuranz.

Butter.

Berlin, 11. Febr. (B.- u. H.-Z.) Das Geschäft machte sich in diesem Artikel vergangene Woche nicht besser als in den früheren. Preise wichen noch für ordinaire und Mittel-Waare um etwas. — Man notirte: Feine und feinste Mecklenburger Butter 34—36 Rt., Vorpommersche und Priegnitzer 30—35 Rt., Pommersche und Netzbrücher 24—26 Rt., Preußische 23—25 Rt., Schlesische Tonnen-Butter 23—25 Rt., do. Kübel 24—25 Rt., Glatzer Kübel- pr Faß a 18 Quart 9—9⅓ Rt., Galizische, Mährische und Böhmische 21—24 Rt., Thüringer, Hessische und Baierische 23—19 Rt., Ostfriesische 30—33 Rt.. Ungar. Schweinefett 21—22½ Rt., Wiener do. 19½—20½ Rt., Amerikan. do. 18—20½ Rt., Pflaumenmuß 9—9½ Rt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 13. Febr. Wind: Nord Ost.
Nichts passirt.

Frachten.

* Danzig, 13. Febr. Newcastle 18s pr Load eichen, 13s pr Load fichten Holz. Sunderland 18s pr Load eichen, 13s pr Load fichten Holz. Grimsby 15s 6d pr Load Balken, 15s pr Load Sleeper. Gloucester 19s pr Balken. Londonderry 21s pr Load Balken. Amsterdam 20 fl., Rotterdam 20½ fl., Antwerpen 22 fl. holl. Court. pr Last Roggen. Antwerpen 18 fl. pr Last Holz.

Schiffsnachrichten.

Shields, 7. Febr. Stürmischen Wetters halber eingekommen: „Solferino“, Turner, von Danzig nach London, mit Erbsen und Wicken. Die Schiffe „Wellington“, Wilkie, von Memel mit Dielen, und „Bien“, Hansen, von Nyborg mit Gerste, sind nach Newcastle aufgegangen, um dort zu entlöschen.

Fonds-Börse.

* Danzig, 13. Februar. London 3 Mon. 6. 21⅜ B. Amsterdam 2 Mon. 141⅞ B. Staatsschuldscheine 91 B. Pfandbriefe 3½ % 88 B., 87¾ bz., do. 4% 99¼ B. Anleihe 4½% 103 B., do. 5% 109 B. Rentenbriefe 99½ B.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
12	4	334,08	— 0,4	Nord ruhig; bezogen.
13	8	335,90	— 2,7	NNO. windig; dicke Luft, Schneetreiben.
	12	337,16	— 5,1	NO. mäßiger; dick. leichter Schnee.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Frl. Clara Jacoby mit Herrn Julius Koppel (Heilsberg).

Trauungen: Herr Friedrich Bodsch mit Fr. Auguste Pätsch (Rössel).

Geburten: Ein Sohn: Hrn. Albert Schüttke (Danzig); Hrn. S. S. Schultze (Danzig); Hrn. Gustav Parchem (Zinten). — Eine Tochter: Hrn. Gottf. Gerschmann (Königsberg).

Todesfälle: Herr Alexander Friedrich Pfeffer (Danzig); Fr. Auguste v. Normann (Königsberg); Herr August Schön (Zinten).

Berliner Börse vom 12. Februar 1862.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1860.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	—	3½	86 B
Aachen-Mastricht	—	4	25¾—25 bz
Amsterdam-Rotterd.	5	4	90 bz u G
Bergisch-Märk. A.	5⅓	4	105¾ bz
" " B.	4	4	94 G
Berlin-Anhalt	6½	4	136—135¾ bz
Berlin-Hamburg	6¾	4	117½ G
Berlin-Potsd.-Mgdb.	9	4	156 bz
Berlin-Stettin	6⅚	4	127½ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	5½	4	122 bz
Brieg-Neiße	2⅛	4	56 bz
Cöln-Minden	10½	3½	168 bz u B
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	—	4	42 bz
do. Stamm-Pr.	4½	4½	87 bz
do. do.	5	5	87¾ bz
Ludwigsh.-Berbach	9	4	130¾ bz
Magdeb.-Halberstadt	18⅔	4	270 B
Magdeb.-Wittenb.	2	4	45 bz u B
Mainz-Ludwigshafen	5¾	4	117½ bz
Mecklenburger	2⅛	4	55 et—54¾ bz
Münster-Hammer	—	4	98½ bz
Niederschl.-Märk.	—	4	98¾ B
Niederschl. Zweigbahn	½	4	54½ bz
" Stamm-Pr.	5	5	— —
Nordb., Friedr.-Wilh.	2¼	4	59½—59 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	7 7/30	3½	138½—139 bz
" Litt. B.	7 7/30	3½	124¼ bz
Oester.-Frz.-Staatsb.	7	5	136½ et, 36 bz u B
Oppeln-Tarnowitz	⅜	4	38 bz
P. W. (Steele-Vohw.)	2	4	58½ B
Rheinische	4½	4	93—½ bz
do. St.-Prior.	4½	4	98¾ G
Rhein-Nahebahn	—	4	25⅓ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	—	3½	85½ bz
Stargard-Posen	—	3½	92 bz
Thüringer	6½	4	114 bz

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Aachen-Düsseldorf	4	92½ B
do. II. Emis.	4	92½ B
do. III. Emis.	4½	98¼ G
Aachen-Mastricht	4½	68¼ bz
Aach.-Mastricht II.	5	68 bz
Bergisch-Märk.	5	102 bz
do. do. II.	5	101¾ bz
do. do. (1855)	5	— —
do. do. III.	3½	86 bz
do. do. IV.	5	103½ bz
do. Düss.-Elb.	4	— —
do. do. II.	5	— —
do. Drt.-Soest	4	— —
do. do. II.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	99⅝ G
do. do.	4½	102½ G
Berlin-Hamburg	4½	103⅝ G
do. do. II.	4½	102¾ bz
Bl.-Pts.-Mgd. A.	4	97¼ G
do. do. B.	4	97¾ G
do. do. C.	4½	102 G
do. do. D.	4½	101¾ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. v. St. gar.	4½	102 bz
do. Stettin II.	4	96 bz
do. do. III.	4	96 B
Bresl.-Schweidn.-Freib. Litt. D.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	100 B
Cöln-Minden	4½	102 bz
do. do. II.	5	104⅝ G
do. do.	4	95½ bz
do. do. III.	4	93½ bz
do. do.	4½	101½ bz
do. do. IV.	4	93¼ bz
Cosel-Oderberg	4	89 bz
do. do. III.	4½	96¼ B
Magd.-Halberst.	4½	102¾ B
Magd.-Wittenb.	4½	99¾ G
Niederschl.-Mrk.	4	97½ G
do. do. conv.	4	97¾ bz

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Niederschl.-M. III.	4	97¾ B
do. do. IV.	4½	102¾ G
Nordb., Fr.-Wilh.	4½	102½ G
Oberschl. A.	4	98¾ G
do. B.	3½	87¾ B
do. C.	4	— —
do. D.	4	95 bz
do. E.	3½	86 bz
do. F.	4½	101 B
Oesterr.-Franz.	3	268 bz
Pr.-Wilh. I.	5	102½ G
do. do. II.	5	102¼ G
do. do. III.	5	102 G
Rheinische	4	93¾ B
do. v. St. gar.	3½	— —
do.	4½	98½ bz
Rhein-Nahe, gar.	4½	100¾ bz
do. II. Em. gar.	4½	100¾ bz
Ruhr. Cref. K. G.	4½	— —
do. do. II.	4	91 bz
do. do. III.	4½	93¾ B
Stargard-Posen	4	— —
do. do. II.	4½	— —
do. do. III.	4½	— —
Thüringer	4½	102¾ bz
do. II.	5	102¼ G
do. III.	4½	102¼ G
do. IV.	4½	102¼ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4	102⅔ B
Staatsanl. 1859	5	108⅜ bz
Staatsanl. 50/52		
54, 55, 57 u. 59	4½	102½ bz
do. 1856	4½	102½ bz
do. 1853	4	100¾ bz
Staats-Schuldf.	3½	90⅛ bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	122¼ bz
Kur- u. N. Schld.	3½	90 bz

Preußische Fonds.

Berl. Stadt-Obl.	4½	102⅞ bz
do. do.	3½	89 bz
Börsenh.-Anl.	5	106½ B
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	93½ bz
do. neue	4	101⅝ bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	90 B
do. "	4	99¾ bz
Pommersche "	3½	91⅞ bz
do. "	4	101½ B
Posensche "	4	103¼ G
do. neue	3½	98 G
do. do.	4	97¼ bz
Schlesische "	3½	— —
Westpreuß. "	3½	88 G
do. neue "	4	99 bz
do. neue	4	— —
Kur- u. N.-Rentbr.	4	100¼ B
Pommer. Rentbr.	4	100⅛ bz
Posensche "	4	98 bz
Preußische "	4	98¾ B
Westfäl.-Rh. "	4	99½ B
Sächsische "	4	100 G
Schlesische "		100¼ B

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	52¼ bz
do. Nat.-Anl.	5	62-62¼-61¾ bz
Neueste Oest. Anl.	5	67 bz
Oesterr. Pr.-Obl.	4	67¾ B
do. Eisb.-Loose	—	62 bz u B
Inskr. b. Stg. 5. A.	5	85¼ bz
do. do. 6. Anl.	5	98½ bz
Englische Anl.	5	98½ bz u G
Neue do. do.	3	60 bz u B
Neueste do. do.	4½	90¾ G
Russ.-Pln. Sch.-O.	4	81⅛—½ bz
Cert. L. A. 300 Fl.	5	95 et bz
do. L. B. 200 Fl.	—	23½ G
Pfdbr. n. in S.-R.	4	84⅞ G
Part.-Obl. 500 Fl.	4	92¼ G
Hamb. St. Pr.-A.	—	102 G
Kurhess. 40 Thlr.	—	58 bz

Ausländische Fonds.

N. Badens. 35 Fl.	—	32¼ bz
Dessauer Pr.-A.	3½	102¼ B
Schwd. 10 Thl.-L.		10 G

Wechsel-Cours vom 11. Februar.

Amsterdam kurz	4	142⅞ bz
do. 2 Mon.	4	142 bz
Hamburg kurz	—	151⅛ bz
do. 2 Mon.	4	150⅝ bz
London 3 Mon.	2½	6 21½ bz
Paris 2 Mon.	4½	79 11/12 bz
Wien Oester. W. 8 T.	5½	73½ bz
do. do. 2 M.	5½	73 bz
Augsburg 2 Mon.	3	56 26 G
Leipzig 8 Tage	4	99⅚ G
do. 2 Mon.	4	99⅓ G
Frankfurt a. M. 2 M.	3½	56 28 G
Petersburg 3 Woch.	7	93⅛ bz
do. 3 Mon.	7	92⅛ bz
Warschau 8 Tage	5	84 G
Bremen 8 Tage	3½	110 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1860.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	5⅛	4½	122¼ bz
Berl. Kassen-Verein	5	4	115 G
Pom. R. Privatbank	4	4	85¼ G
Danzig	5⅓	4	97¼ B
Königsberg	3⅓	4	96¼ G
Posen	5 1/10	4	94½ B
Magdeburg	3⅔	4	89 G
Disc.-Comm.-Antheil	5⅓	4	91½ bz u G
Berliner Handels-Ges.	5¼	4	84 G
Oesterreich	5	4	74a73¾a74¼a73½ b

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bkn. m. R.	99⅞ bz	Louisd'or	109¾ G
" ohne R.	99⅓ G	Sovereigns	6 21⅛ b
Oest.-östr. W.	73¾ B		
Poln. Bankn.	84½ bz u G	Goldkronen	9. 6¼ G
Dollars	1 11⅓ G	Gold pr. Zollpf.	459½ G
Napoleons	5. 10¼ bz	Silber	29 21 bz

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.